

Fenster schließen

suedkurier.de

02.05.2009

## Villingen-Schwenningen DGB fordert faire Löhne

Arbeit für alle bei fairem Lohn war zugleich Motto und Hauptforderung der diesjährigen Maikundgebungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes Region Schwarzwald-Baar-Heuberg. Der 1. Bevollmächtigte der IG Metall Schwarzwald-Baar, Michael Ruhkopf, ging in seiner anschaulichen Rede vor rund 300 Gewerkschaftsmitgliedern in Schwenningen auf Gerechtigkeit ein, die Wirtschaftskrise sowie die bevorstehenden Wahlen.



Rund 300 Besucher waren zur Maikundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes gekommen. Der 1. Bevollmächtigte der IG Metall Schwarzwald-Baar, Michael Ruhkopf, sprach über die Wirtschaftskrise und Gerechtigkeit.  
Foto: Wetzig

Villingen-Schwenningen – Michael Ruhkopf forderte vor dem Schwenninger Gewerkschaftshaus Änderungen sowohl im veralteten Schulsystem als auch in der Sozialpolitik. „Die Rente mit 67 muss wieder weg – punkt“, sagte er. „Wer 40 Jahre gearbeitet hat, muss einen Anspruch auf eine abschlagsfreie Rente mit 60 haben.“

Im Zentrum seiner Rede, der unter anderem neben Oberbürgermeister Rupert Kubon auch sein Vorgänger Gerhard Gebauer, der Bürgermeister von Mönchweiler, Friedrich Scheerer und ehemalige die ehemalige Bundestagsabgeordnete Christa Lörcher lauschten, stand jedoch die Wirtschaftskrise. Dabei zeige sich das gleiche Phänomen wie bereits 1945, als ebenfalls niemand verantwortlich gewesen sein wollte, so der Gewerkschafter. Die Krise werde dargestellt als sei eine Naturkatastrophe, die niemand vorhergesehen hat und für die niemand verantwortlich ist außer vielleicht ein paar durchgeknallten Bankern. Wie nach dem Krieg wollten sich Unternehmer, Vorstände und Geschäftsführer ebenfalls in die Opferrolle begeben, „als wenn es nicht sie selber gewesen wären, die in den letzten Jahren den Hals nicht voll genug gekriegt haben“, so Ruhkopf. „Keine Rendite war ihnen hoch genug.“ Alles habe auf der Annahme basiert, dass Geld arbeite und sich vermehre – egal ob dahinter reale Werte stünden oder nicht. Doch diese Schlacht sei geschlagen, die Weltwirtschaft liege am Boden, die freie Marktwirtschaft habe versagt.

Anzeige:

### Hotel Arina Waldshut

3 Sterne Komforthotel, 24h-Check-In  
Kostenlose Parkplätze und Internet

### SIXT in Villingen-Schw.

Transporter einfach online buchen und ganz bequem vor Ort abholen!

Das Erstaunliche, so Ruhkopf, dessen Rede wiederholt von Applaus unterbrochen wurde, sei, dass es immer noch denselben Rat der Wirtschaftsweisen gebe wie vor der Krise. Die Bundesregierung werde noch immer von „diesem Haufen“ beraten, der diese Krise nicht vorhergesehen und sie zum Teil sogar mit seinen Empfehlungen herbeigeführt habe. „Diese Typen gehören spätestens jetzt in die Wüste gejagt. Das sind auch die Leute, die uns ständig erzählen, dass man in bestimmten Branchen die Arbeitskräfte nicht anständig bezahlen könne und dass ein Mindestlohn Arbeitsplätze fordern würde.“

Er berichtete von einer 58-jährigen Frau, die im öffentlichen Dienst in Thüringen den vierten einjährigen Zeitvertrag in Folge bekam – zu einem Stundenlohn von 3,80 Euro brutto. „In einem zivilisierten Land können Menschen von einer Vollzeitätigkeit leben“, sagte Ruhkopf. „Ein Land, das zu den reichsten der Welt gehört und gleichzeitig zulässt, dass Menschen in diesem Land mit billigen Almosen abgespeist werden, muss sich fragen, ob es noch zu den zivilisierten, anständigen Ländern gehören will.“

Der Wähler habe es in der Hand, ob er den Kopf in den Sand stecken und still alles erleiden werde, was eine missratene, selbsternannte Elite aus Politik und Wirtschaft ihm zumutet oder ob die Arbeitnehmer selbstbewusst in ihren Gewerkschaften für eine bessere, gerechtere Welt eintreten.

Eine Wahlempfehlung wollte er nicht geben, forderte aber alle auf, zu den Wahlen zu gehen, damit die Faschisten nicht von einer geringen Wahlbeteiligung profitieren. Bevor sich alle bei Live-Musik und Bewirtung vergnügten, sprach Oberbürgermeister Kubon ein Grußwort, in dem er zusagte, dass es für die doppelstädtischen Angestellten keine Abstriche geben werde. „Wir werden weiterhin ausbilden und die Absolventen zumindest eine zeitlang behalten.“ Er mahnte zur Besonnenheit, denn „trotz der Krise leben wir noch immer in einer Zeit, in der es uns gut geht.“



Michael Ruhkopf, 1. Bevollmächtigter der IG-Metall Schwarzwald-Baar, hielt gestern vor dem DGB-Haus die Mairede. Foto: Heinig

## Schuldige an der Krise benannt

DGB-Maifeier kreidet Wirtschaft und Politik Fehler an

Von Birgit Heinig

**Villingen-Schwenningen.** Die Gewerkschaften stemmen sich gegen die Krise. Bei der gestrigen Maikundgebung mit anschließendem Fest vor dem DGB-Haus in der Schwenninger Arndtstraße machten die Redner die Schuldigen aus und forderten »Arbeit für alle bei fairem Lohn«.

Hauptredner Michael Ruhkopf, 1. Bevollmächtigter der IG Metall-Bezirksvertretung Schwarzwald-Baar, war für den angekündigten Frank Iwer eingesprungen. Nicht nur die Banker und Manager, »alle, die den neoliberalen Weg der grenzenlos freien Marktwirtschaft unterstützen, in der keine Rendite hoch genug ist, sind Täter und mitverantwortlich für die Krise«, sagte Ruhkopf. Die Politik habe nicht nur mitgemacht, sondern höre noch immer auf die Wirtschaftsweisen, »die in die Wüste gejagt gehören«.

Die behaupteten auch, so Ruhkopf, dass Mindestlöhne Arbeitsplätze kosten. Das Beispiel der 58-jährigen Krankenschwester aus Thüringen, die in einem »reichen und zivilisierten Industriestaat« netto 3,80 Euro pro Stunde verdient, werfe die Frage auf, ob sich ein solcher Staat noch als anständig bezeichnen dürfe.

Über den thüringischen Ministerpräsident Althaus, dessen »verantwortungsloses Handeln auf der Skipiste« nahezu folgenlos geblieben sei, schlug Ruhkopf den Bogen zur »Zwei-Klassen-Justiz«, die eine Kassierererin, die einen Pfandbon über 1,30 Euro unterschlagen habe, hänge und einen Zumwinkel in den reich dotierten Lebensabend laufen lasse.

Ruhkopf prangerte auch fehlende Investitionen im Bereich Bildung an in einem an Rohstoffen armen Land. Auch die Sozialversicherungssysteme fanden keine Gnade vor

den Augen des Gewerkschafters. Der Gesundheitsfond sei ein »Kompromiss auf höchstmöglichem Unsinnlevel«, in der Rentenversicherung werde falsche Politik betrieben. Das Problem liege nicht in der Demographie, sondern in der Verteilungsgerechtigkeit.

Ruhkopf kündigte an, dass man von Gewerkschaftsseite nicht locker lasse bei der Forderung: »Die Rente mit 67 muss wieder weg!« Im Superwahljahr wollte Ruhkopf zwar keine Wahlempfehlungen geben, sprach sich dennoch deutlich gegen den neoliberalen Kurs der FDP aus, ohne Namen zu nennen. »Alternativen sind dünn gesät«, klagte Ruhkopf, rief aber zur Wahlbeteiligung auf, damit nicht passiere, was nicht sein dürfe: dass Rechtsradikale in den Bundestag kommen. Seinen Zuhörern legte Ruhkopf ans Herz, »selbstbewusst mitzumachen bei der Gestaltung einer besseren Welt«.

02.05.09



Der alevitische Verein umrahmte die Maifeier vor dem Schwenninger Gewerkschaftshaus musikalisch.

Foto: Jochen Schwillo

## „Den Hals nicht voll gekriegt“

### Rund 600 bei der Maikundgebung / Die Gewerkschaften rechnen ab

**Unter dem Motto „Arbeit für alle bei fairem Lohn“ hatte der DGB zu seiner Kundgebung am 1. Mai geladen, und vor dem Schwenninger Gewerkschaftshaus zeigten sich rund 600 Menschen „kampfbereit“, wollen die derzeitige Situation so nicht mehr tolerieren.**

**Villingen-Schwenningen.** „Man könnte glauben, dass eine Naturkatastrophe über uns hereingebrochen ist“, sagte gestern Vormittag Michael Ruhkopf, 1. Bevollmächtigter der IG Metall in Villingen-Schwenningen bei der 1.-Mai-Feier vor dem Schwenninger Gewerkschaftshaus. Eine Naturkatastrophe in Form einer Weltwirtschaftskrise, die niemand vorhergesehen habe und für die niemand verantwortlich sei, außer ein paar durchgeknallten Banken? „Alle anderen, die Politiker und Manager können nichts dafür und sie sind nur Opfer“, so der Gewerkschaftsvertreter ironisch.

Wieder einmal mache sich jene deutsche Eigenschaft breit, dass nie jemand dabei und verantwortlich sei. „Das war schon 1945 so, da war auch niemand dabei, alle waren nur Opfer, wenn nicht sogar im Widerstand“, stellte Ruhkopf fest. Deutsche Unternehmer, Vorstände und Geschäftsführer wollten sich jetzt wieder schnell in die Opferrolle begeben. Als wenn sie es nicht selbst gewesen seien, die in den letzten Jahren den Hals nicht voll gekriegt hätten. „Keine Rendite war hoch genug“, stellte

Ruhkopf fest, der anstelle des erkrankten Frank Rawer die Maiansprache hielt.

In Deutschland, Europa und weltweit habe nur noch die grenzenlose Freiheit des Marktes gegolten. Politik, Parlament und Regierungen hätten aktiv mitgemacht. Der Sozialstaat sei dem Marktinteresse untergeordnet worden. „Jetzt ist die Schlacht geschlagen, die Weltwirtschaft liegt am Boden“, stellte Ruhkopf fest. „Die freie Marktwirtschaft hat versagt, sie ist für dieses Desaster, das man derzeit erlebt, die Ursache.“ Sie habe kein Gewissen, nicht für Menschen und nicht für die Umwelt. Ein Wirtschaftssystem habe für den Menschen da zu sein und nicht umgekehrt. Nicht nur die durchgedrehten Banker, sondern alle, die den neoliberalen Weg mitgegangen seien und ihn unterstützten, seien die Täter und für die Krise verantwortlich.

Ein weiteres Thema, das Ruhkopf ansprach, waren die Mindestlöhne. In einem zivilisierten, reichen Industriestaat müssten die Menschen von Vollbeschäftigung leben können.

Erkennbar sei eine Zwei-Klassen-Gesellschaft. Ruhkopf berichtete von einer Kassiererin, der gekündigt wurde, weil sie noch einen Pfandbon von 1,30 Euro in der Tasche hatte und das wurde als Diebstahl ausgelegt. Gleichzeitig stellen Gerichte fest, dass ein Herr Zumwinkel Steuerhinterziehung in nicht unbedeutender Höhe begangen habe und die Strafe zur Bewährung ausgesprochen worden sei.

Reformbedarf sei beim Sozialversicherungssystem nötig. Ein Kranken-

versicherungssystem, in dem relevante Anbieter und Ärzte die Geldverteilung selber vornehmen dürften, könne niemals kostenbewusst arbeiten. Auch die Rentenpolitik sei falsch. Das Problem sei nicht die Demografie, sondern die Verteilungsgerechtigkeit. Die Rente mit 67 Jahren müsse wieder weg. Ruhkopf forderte dazu auf, 2009 zu den Wahlen zu gehen. Auf keinem Fall dürfe es passieren, dass rechtsradikale Faschisten in den Bundestag gewählt würden.

Die Arbeitnehmer müssten sich entscheiden, welchen Weg sie gehen wollen. Die Alternative: „Entweder mit dem Kopf im Sand still alles erdulden oder selbstbewusst und mitbestimmend gemeinsam in der Gewerkschaft mitzumachen.“

Soziale Gerechtigkeit fange schon in der Kommune an, sagte Oberbürgerbürgermeister Dr. Rupert Kubon. Zu den Gewerkschaftsvertretern meinte der Oberbürgermeister, dass man zwar in einer schwierigen Wirtschaftssituation stecke, doch gelte es Besonnenheit zu zeigen. So seien bei der Stadt Villingen-Schwenningen keine betriebsbetrieblichen Kündigungen vorgesehen und Auszubildende würden weiterbeschäftigt.

„Die Menschen dürfen nicht Opfer einer Krise werden, die sie nicht verursacht haben“, stellte Gewerkschaftssekretärin Marion Miller vom DGB-Schwarzwald-Baar-Heuberg beim Maifest fest, das unter anderem von einer Musik- und Gesangsgruppe der Alevitischen Gemeinde Villingen-Schwenningen, „Clown Ferdinand“ und der Soulband „Eat the Beat“ aus St. Georgen mitgestaltet wurde. jos